

# Auf dem Weg in eine andere Republik - Vom Rechtsstaat zum Linksstaat: Was wir tun sollten.

*Vortrag von Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter zum Festkommers anlässlich des Deutschen Burschentags in Eisenach, 25. Mai 2013*

Was will ich? Was kann und darf ich Ihnen bieten? Ein Festvortrag soll kein Lehrvortrag sein, aber er kann Anstöße geben. Anstöße wofür? Für künftiges Tun, das auf rationaler Analyse beruht und vom Verstand und von der Vernunft gesteuert wird.

„Quidquid agis, prudenter agas et respice finem. » Da alle dank dem Großen Latinum der alten Sprache mächtig sind, erübrigt sich eigentlich die Übersetzung: Das Handeln soll überlegt geschehen, und der Handelnde möge die Folgen berücksichtigen.

Im Sinne dieses Spruches widme ich mich hier der Frage, was eine patriotische, eine rechte Bewegung tun sollte und aufgrund der bestehenden Verhältnisse tun kann. Also: Keine feierlich-unverbindliche Festrede, sondern ein Appell zum praktischen Handeln.

Bevor wir aber dazu kommen, sollten wir zunächst eine Ortsbestimmung der Gegenwart vornehmen. Jeder von uns fragt sich – mancher klar und deutlich, mancher nur diffus: „Ich, ein animal sociale, in diesem Staat, in dieser Gesellschaft lebend, möchte wissen: Woher komme ich? Wo stehe ich? Wohin gehe ich?“

Wir leben in einer Umbruchzeit, einer Zeit eines geradezu verwirrenden Wandels der Strukturen, Werte, Konventionen, sozialen Milieus und der Rituale.

Altes, Vertrautes, verfällt, aber es besteht kein Anlaß für einen sterilen Kulturpessimismus, für Untergangspanthastereien, weil Neues entsteht. Es ist eine Inkubationsszeit. Barbara Tuchman hat in ihren Buch „Der ferne Spiegel“ (1980) den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit so

charakterisiert, obwohl sie nicht die erste gewesen ist, die auf diese Idee kam. Vor ihr hat Egon Friedell in seiner „Kulturgeschichte der Neuzeit“ (1927 – 1931) (siehe bibliographischen Hinweis am Schluß dieses Textes) für das 14. Jahrhundert, eine Zeit geistiger, weltanschaulicher, sozialer und gesundheitlicher Wirren – man denke an die Zeit des „Schwarzen Todes“, der Pest – von einer Inkubationszeit gesprochen. Den Zeitgenossen noch nicht verständlich dämmerte Neues, nämlich die Renaissance, Reformation, die Aufklärung herauf. So wie heute viele Zeitgenossen den Untergang des Abendlandes, wenn nicht gar den der Welt befürchten, gab es auch damals Furcht vor der Zukunft. Die optimistische Botschaft der genannten Autoren (Friedell und Tuchman) aber lautet, dass aus den Ruinen des Alten neues Leben blüht, auch wenn die Zeitgenossen dieses Neue noch nicht genau zu erkennen vermögen.

Wir erleben heute mehr als den üblichen Wandel zwischen zwei Generationen, vielmehr leben wir in einer Zeit des Epochenwandels, und zwar in einem Ausmaß wie damals, vor Jahrtausenden, als die Menschheit von der Nomadengesellschaft (Jäger und Sammlerkultur) zur Sesshaftigkeit (Ackerbauerkultur) überging. Wer dies erkennt und sich nicht an alte, überholte Strukturen und Werte klammert, sondern offen ist für das Neue, überwindet auch die geistige Sterilität, die gerade für die früher einmal progressiven, heute aber rückschrittlichen Linken kennzeichnend ist. Sie kleben am Epochenjahr 1945: „Nie wieder Faschismus und Krieg!“ – Das ist der dürftige Rest, auf den ihre theoretischen und historischen Einsichten geschrumpft sind. Eine völlig unsinnige Forderung, weil der „Faschismus“ eine Epochenerscheinung war. Es handelte sich nicht nur um eine Funktion kapitalistischer Gesellschaftsordnungen, wie uns die vorgestrigen Sozialisten

weismachen wollen. Nein, er war das Produkt längst vergangener, heute nicht mehr gültiger politischer, mentaler und sozioökonomischer Zustände. In der heutigen veränderten Welt, angesichts einer neuen Generation, unter anderen inneren und weltpolitischen Verhältnissen, ist die Renaissance des Faschismus oder Nationalsozialismus genauso ausgeschlossen wie des Kommunismus bzw. des Realsozialismus. Die Gefahren für Freiheit als Selbstbestimmung dräuen heute aus anderer Richtung.

Nichts steht fest, alles ändert sich, alte Vorstellungen werden mit neuem Inhalt erfüllt und müssen immer wieder überprüft werden. Es ist überlebenswichtig, offen zu sein für notwendige, unvermeidbare Veränderungen. Wer sich – verunsichert durch das Neue – ans Gestern klammert („Verweile doch, du warst so schön“), der wird von der Entwicklung überrollt. Ein Witz berichtet, die alte, ständestaatliche Verfassung des Großherzogtums Mecklenburg, habe lediglich aus zwei Artikeln bestanden:

**Artikel 1: So as dat is, is dat god.**

**Artikel 2: Allens blift so, as dat is.**

Was hier zum Ausdruck kommt, ist nicht konservativ, sondern quietistisch. Es handelt sich nicht um vernünftiges Bewahren von lebendigen Traditionen, sondern um geistige Unbeweglichkeit. Deswegen ist die Frage angebracht, was „Konservativismus“ heute heißt? Das kann heute nur bedeuten, Freiheit im Sinne von Selbstbestimmung zu bewahren. Abgelehnt werden Fremdbestimmung und Bevormundung. Freiheit kann national verstanden werden, aber auch als Freiheit des Individuums. Beide Arten von Freiheit gilt es zu

bewahren und gegen traditionelle und moderne Bedrohungen zu verteidigen. Gerade in unserer Zeit erleben wir durch den Abbau von Freiheitsrechten und die Tendenz zum vormundschaftlichen Staat die Gefährdung dieser Freiheitsrechte.

Ein fundamentales Kennzeichen unserer Zeit, das auch wir hier aufmerksam zur Kenntnis nehmen sollten, gebe ich mit den Worten eines bedeutenden, in Deutschland tätig gewesenen griechischen Soziologen wieder. Sein Name: Panajotis Kondylis (1943 – 1998): „Gerade die geistvollsten Gespräche beweisen die Unmöglichkeit des Konsenses. Sie zeigen, dass es für jedes Argument ein Gegenargument gibt.“ D. h., fast alle Aussagen erweisen sich als halbrichtig. Was gesagt wird, stimmt. Aber das Gegenteil auch. Dazu nur ein Beispiel von vielen möglichen: Die moderne Medizin hat das Leben verlängert, die Säuglingssterblichkeit begrenzt. Das gilt allgemein als positiver Fortschritt. Aber die Kehrseite: Die Menschheit vergreist, wächst an, auf derzeit sieben, angeblich bald auf 10 Milliarden. Da die Ressourcen der Erde begrenzt sind, entstehen politische, soziale, biologische (Ernährung) Spannungen und Verteilungskonflikte noch unabsehbaren Ausmaßes. „Hell aus dem dunklen Vergangenen leuchtet die Zukunft hervor“, heißt es in einem zukunftsoptimistischen sozialistischen Lied. Das war einmal. Heute ist die Zukunft eher beunruhigend, bedrohlich.

Warum aber ist die rechte, die patriotische Bewegung in Deutschland schwach und gilt als unzeitgemäß? Der „Mainstream“ des 21. Jahrhunderts geht nach links, Gleichheit, Erneuerung, Veränderung sind die bestimmenden Werte. Da, wie wir gehört haben, alles widersprüchlich ist, gibt's auch die Gegenteilstendenz. Aber infolge des rasanten technologischen Fortschritts überwiegt der linke, progressive,

hedonistische „Mainstream“. Materieller Wohlstand, Ablehnung eines auf Opfer und Hingabe gerichteten Staatsverständnisses, Streben nach freiheitlicher Selbstbestimmung, vorausgesetzt, das eigene Wohlbehagen wird nicht beeinträchtigt, lassen progressive, linke Einstellungen eher als zeitgemäß erscheinen. Auch die antifaschistische Vergangenheitsbewältigung und das entsprechende Geschichtsbild sind meinungsbildende Faktoren.

Damit kommen wir zur Situation der Burschenschaften im gegenwärtigen, sich wandelnden System der Bundesrepublik Deutschland. Sie gelten als unzeitgemäß als Teil der Rechten und sind mit betroffen vom sich überschlagenden „Kampf gegen Rechts“. Warum? Durch die Schaffung eines Feindbildes definieren die Etablierten ihr Selbstbewusstsein. Der Antifaschismus ist die Grundlage der Nachkriegszeit – und zwar international. Das „deutsche Ansehen“, d. h. das internationalre Ansehen der Etablierten erfordert es, Deutschland demütig, zurückhaltend, aber leistungs- und zahlungswillig zu halten. Das ist so, weil Antifaschismus, „Kampf gegen Rechts“ und Deutschfeindlichkeit zusammenhängen. Was die Deutschfeindlichkeit betrifft, so gibt es zwei Arten. Die eine geht von der Stärke Deutschlands aus. Es ist die stärkste Macht Mittel- und Westeuropas wegen der Bevölkerungszahl, der Wirtschaftskraft, der Wissenschaft, insbesondere der Technologie, wegen der Kultur und des Bildungsstandes. Die früher von den Anderen gefürchtete militärische Stärke hat heute keine Bedeutung mehr. Der Starke, Mächtige, hat Einfluß und bestimmt auch über andere. Bei Nationalstaaten ist der Starke als Vormund unbeliebt und so ist es verständlich, dass die Nachbarn Deutschlands ein auch historisch begründetes Unbehagen empfinden. Deutschland war stets stärker als jeder einzelne seiner Nachbarn, aber schwächer als alle

zusammen. Wir haben zahlreiche Zeugnisse für die Furcht vor dem mächtigen, bestimmenden Deutschland. Margret Thatcher und Francois Mitterrand waren Gegner der deutschen Einheit. Sie waren mit Worten dafür, solange sie nicht bevorstand. Als sie kam, haben sie alles getan, um sie zu verhindern. Die USA unter Präsident Bush sen. waren in dieser Frage gelassener. Sie stimmten der Einheit zu, aber nur, wenn Deutschland eingebunden ist in NATO und Europa. Auf keinen Fall darf es frei und ungebunden zwischen Ost und West pendeln. Das vereinte Deutschland ist jetzt nicht mehr, wie früher, die militärische, aber die wirtschaftliche Vormacht Europas. Deshalb ist es unentbehrlich, aber unbeliebt. Also gilt es, um des positiven Ansehens willen, möglichst klein, demütig, aber leistungs- und zahlungswillig zu erscheinen. Diese Haltung Deutschland gegenüber, besser als Misstrauen denn als Feindschaft zu bezeichnen, ist harmlos.

Daneben gibt es aber noch eine andere, echte Deutschfeindlichkeit, die vor allem von der Antifa und Linken betrieben wird. „Nie wieder Deutschland!“ Das soll erreicht werden durch eine Umwandlung des deutschen Volkes, das in der Vergangenheit immer militaristisch und deshalb aggressiv gewesen sei. Durch Zuwanderung aus anderen Kulturen soll eine andere, jedenfalls nicht aggressive Bevölkerung entstehen.

Hier gibt es zwei Gruppen, eine, die die deutsche Geschichte als „Irrweg einer Nation“ (Alexander Abusch, 1946) versteht und eine Veranlagung im deutschen „Volkscharakter“ zu Diktatur, Krieg und Eroberung vermutet, eine Eigenart, die durch Umerziehung und Umvolkung zu bekämpfen sei. Eine andere Gruppe besteht aus linken Psychopathen, Querulanten, die mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind

und alles Bestehende ablehnen. Über diese Gruppe wird oft vom „deutschen Selbsthaß“ gesprochen. Eine falsche Einschätzung, denn diese hassen nicht sich selbst, sondern ihre Zeitgenossen, „die Anderen“.

Was ist zu tun, um gegen diese Fehlentwicklungen vorzugehen? Welche Möglichkeiten dafür gibt es? Hier geht es um die Burschenschaften.

Wer Verfolgung und Ausgrenzung passiv hinnimmt, kann erleben, dass die eigene Existenz ausweglos wird. Nach 1945 hat der Genosse Rakoczi in Ungarn die „Salami-Taktik“ erfunden: Maßnahmen, die den Gegner vernichten sollen, werden nicht auf einen Schlag ergriffen, sondern die Entrechtung erfolgt scheibchenweise bis zum Schluß das autoritäre und dann totalitäre System etabliert und durch Terror gesichert ist. Widerstand ist dann nicht mehr möglich.

Andere begründen das Unterlassen aktiven Widerstandes mit der Erwartung, die Hetze werde sich von selbst totlaufen, so wie nach dem Ende der DDR eine Beruhigung gegenüber der PDS eintrat, die vom Paria zum „demokratischen“ Bündnispartner mutierte. Ängstlichkeit und Unsicherheit fördern die Verfolgung und werden deshalb hier abgelehnt. Hier geht es um kämpferischen Widerstand, für den wir uns ausgerechnet auf Bertolt Brecht berufen: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Aber warum soll gekämpft werden? Weil es gilt, die von links kommende Unfreiheit zu verhindern. Meinungsterror, Einschränkung von Freiheitsrechten, Haft und Haussuchungen (Denkt immer an Sebnitz!), öffentliche Diffamierungen (man denke an des seinerzeitigen Bundeskanzler Schröder Unterscheidung von „Anständigen“ von denen, die nicht dazugehören) und Ausgrenzungen mit schwerwiegenden beruflichen und sozialen

Folgen. Gegen den Hinweis, das alles sei zwar übel, aber immerhin doch noch nicht allgemein üblich sei Erich Kästner zitiert, dem eine Äußerung angesichts der Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 zugeschrieben wird: „Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben.“ Deshalb ist es falsch, wohlmeinend und scheinbar realistisch zu sagen: „Aber das ist doch übertrieben, dies ist Paranoia, Verfolgungswahn. Die scheinbare Gefahr besteht gar nicht wirklich.“ Wer so spricht, möge an das Wort denken: „Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte.“ Anno 1933 haben die guten Patrioten nicht geglaubt, dass die nationalsozialistische Herrschaft sich so entwickeln und so katastrophal enden könne, wie das bis 1945 geschah. Gerade deswegen haben Nationalbewußte und Konservative wie General Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler, wahrlich keine Demokraten im Sinne des späteren Grundgesetzes, Widerstand geleistet. Als sie die Fehlentwicklungen der nationalsozialistischen Politik bemerkten, war erfolgversprechender Widerstand nicht mehr möglich.

Aber nun zum Konkreten. Vier Maßnahmen habe ich vorzuschlagen, die ich jetzt aufzähle, um sie danach zu begründen:

- 1.) Geld sammeln, um einen Rechtskampf-Fonds einzurichten.**
- 2.) Die Justiz mobilisieren.**
- 3.) Öffentlichkeitsarbeit, und hier vor allem das Internet nutzen, und wenn es bereits geschieht: stärker, konzentrierter.**
- 4.) Das Selbstbewusstsein stabilisieren.**

Erläuterung zu 1.) und 2.): Vor anderthalb Jahrzehnten habe ich bereits einmal einen solchen Vorschlag gemacht und damals wörtlich gesagt



(ich zitiere mich selbst): „Eine ganz wichtige Aktivität ist es, Geld zu sammeln, etwas, was auch ältere Leute tun können, denen politische Aktionen, Teilnahme an Demonstrationen, **(Zusatz vom 25. Mai 2013: die heute ja fast regelmäßig durch Gewalt von links terrorisiert werden)** an Straßen- oder Saalschlachten, nicht zuzumuten sind. Auch kleine Beträge helfen weiter. Im 19. Jahrhundert haben die sprichwörtlichen „Arbeitergroschen“ die Arbeiterbewegung finanziert. So können auch heute kleine Spenden unverzichtbar sein.“ Das hat damals das hysterische Keifen der Linken, einschließlich der Medien des Establishment („Panorama“) hervorgerufen: Hier werde Gewalt propagiert. Ich muß selbstkritisch anmerken, dass ich viel zu wenig juristisch gegen derartige Verleumder vorgegangen bin, denn ich habe ja gerade den gewalttätigen körperlichen Einsatz als unmöglich abgelehnt. **Der kommt ja von links!** Das Geld hingegen soll für den Rechtskampf verwendet werden. Es ist das nötige Pulver für dieses Geschütz, das viel öfter eingesetzt werden sollte, als dies bisher geschah. Öfter wurden Zweifel an **der** Bereitschaft der Justiz angemeldet. Gewiß, ich bin durchaus nicht der Meinung, sie sei ein Allheilmittel. Aber sie ist bedingt einsatzgeeignet, weil ihre Urteile bindend für Bürger und Behörden sind. Eben: bedingt. Mehr nicht.

Mit ätzender Kritik schrieb der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis (1923 – 2012) in der FAZ vom 13. 3. 2001: „Seit der Herstellung der deutschen Einheit, ich meine die von Bismarck hergestellte, hat sich kein akademischer Beruf als politisch so unerzogen erwiesen wie die Mehrheit der in aller Regel „staatstreuen“ und konformistischen deutschen Juristen.“ Die Justiz ist stets an die Herrschenden gebunden. Das gilt für das Kaiserreich. Damals brachte die Linke das Wort von der „Klassenjustiz“ auf. Da alle Herrschaft Klassenherrschaft sei, würden die

Interessen der herrschenden Bourgeoisie auch durch die Justiz vertreten. Offenkundig war die Parteilichkeit und Abhängigkeit der Justiz in der Zeit des Nationalsozialismus und der DDR. Auch in der BRD hat sich die Justiz im politisch erwünschten Sinne verhalten, wie zahlreiche Beispiele zeigen (Der Fall des ehem. NPD-Vorsitzenden Deckert). Juristen sind eher selten geradezu korrupt, öfter sind sie aber abhängig von politischen Parteien. Immer sind sie dem jeweiligen politischen System ergeben. Deshalb verdient diese Justiz prinzipiell durch aus Misstrauen. Aber dennoch: In vielen Fällen ist sie nicht gleichgeschaltet und hat sich als hilfreich erwiesen. Und vor allem: Ihre Sprüche binden auch die Etablierten.

Aufmerksamkeit verdient auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Von Linken sind diese Möglichkeiten genutzt worden. Vor mehreren Jahren bereits hat eine niedersächsische Lehrerin, die als DKP-Mitglied dem fälschlich so genannten „Berufsverbot“ unterlag, einen Sieg über die Behörden des Bundeslandes Niedersachsen erfochten. Gescheitert ist der ehemalige Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz mit seiner Klage wegen der Verurteilung im Zusammenhang mit dem „Schießbefehl“ an der Mauer.

Ein Motiv, sich von der Justiz fernzuhalten, sind die hohen Kosten. Deswegen ist es eine sehr wichtige Aufgabe, Prozesse materiell zu ermöglichen, weil das Recht **insofern** käuflich ist. Nicht im Sinne banaler Korruption, aber wegen der hohen Anwalts- und Gerichtskosten, die viele Rechtsuchende verständlich abschrecken, den Rechtsweg zu beschreiten.

Der dritte Vorschlag betont die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit, „Was nicht in den Medien ist, ist nicht in der Welt“, lautet ein zutreffendes

Sprichwort. Die Medien der BRD sind auf eine merkwürdige Weise gleichgeschaltet. Merkwürdig, weil sie nicht, wie im NS-System und in der DDR, einer direkten Parteiherrschaft unterliegen. Die Abhängigkeit dieser Medien ist pluralistisch: Privatbesitz neben öffentlich-rechtlicher Konstruktion. Die Soziologie, die politische und rechtliche Struktur und Funktionsweise des bundesrepublikanischen Mediensystems darzustellen, würde den Rahmen dieses Vortrages sprengen. Begnügen wir uns mit dem Hinweis auf jenen modernen Medienzweig, der unseren Zeitgenossen ohne Beschwerden zur Verfügung steht, nämlich das Internet. Man wird mir entgegenhalten, dass ich offene Türen einrenne. Alle bedienen sich bereits der Möglichkeiten des Internet. Dennoch halte ich es für der Mühe wert, diese Arbeit zu konzentrieren und zu verbessern. Dazu können spezielle Beauftragte nützlich sein.

Mit einem Arbeitskreis betreibe ich eine Internet-Seite [www.links-enttarnt.net](http://www.links-enttarnt.net). Viele Stimmen nebeneinander gibt es. Aber für Wirkung bedarf es der Kooperation und Konzentration.

Und schließlich geht es – letzter Punkt – um die Stabilisierung des Selbstbewusstseins. D. h. heraus aus der Defensive! Aber dazu muß man sich über die Verhältnisse, aus denen man kommt, und in denen man sich befindet, klar sein. Seit der Entstehung der Burschenschaften, also seit 1817, seit fast 200 Jahren, ist ein fundamentaler und allumfassender Wandel der Verhältnisse eingetreten: in sozialer, ökonomischer, politischer, psychologischer, technologischer Hinsicht. Alles hat sich geändert. Was heißt unter diesen Umständen „rechts – links – konservativ – progressiv“? Ich halte es für notwendig, dass politisch bewusste Zeitgenossen sich stets ihres Standortes versichern. „Woher komme ich – wo stehe ich – wohin gehe ich“? Ich – ein animal

sociale, in einer sich wandelnden Moderne lebend. Diese existentielle Grundsatzfrage sollte sich jeder stellen, aber eben auch die Burschenschaften, die sich der Spannung von Tradition und Moderne stellen sollten, um zeitgemäß zu bleiben.

Vergegenwärtigen wir uns ein richtungweisendes Zitat aus dem großartigen Roman von Giuseppe Tommasi di Lampedusa: Der Leopard (1956), der im Umbruch des sich modernisierenden Italien des 19. Jahrhunderts spielt. Eine der Hauptfiguren, die man als konservativen Revolutionär bezeichnen kann, sagt: „Wenn wir wollen, dass alles so bleibt wie es ist, dann ist nötig, dass sich alles ändert“. D.h., der heutige Konservative und Nationale sollte stets prüfen, welche Traditionen weiterhelfende Kraft besitzen und sie von jenen trennen, die diese Kraft verloren haben. Eine schwierige, die Rationalität herausfordernde Aufgabe. Die Bestimmung eines festen Standpunktes der Werte und Überzeugungen in einer Zeit des Wandels hat eine stabilisierende, richtungweisende Funktion, die notwendig ist, um aus der Defensive in die Offensive zu gelangen.

Bin ich, als ein außenstehender Sympathisant berechtigt, diese Vorschläge zu machen? Die Burschenschaften bieten eine gute Basis: Jugend, **ihre Altherrenverbände**, Häuser als Kristallisationszentren, gesellschaftliche Kontakte. Aber wie steht es mit dem zeitgemäßen, handlungsanleitenden Bewusstsein?

Ich habe bereits einmal Bertolt Brecht zitiert: „Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Also kämpfen, aber auf der richtigen Seite und nicht unter- und gegeneinander. Es ist eine üble Neigung deutscher Patrioten sich untereinander heftiger zu bekämpfen

als den gemeinsamen Feind. Ich habe hier zur Tat aufgerufen, schließe aber mit einem Wort des Kirchenvaters Augustinus (354 – 430): „Solange wir leben, kämpfen wir. Solange wir kämpfen, ist es ein Zeichen, dass wir nicht unterlegen sind und der gute Geist in uns wohnt. Und wenn dich der Tod nicht als Sieger antrifft, so soll er dich als Kämpfer finden.“

### **Gut gesagt? Na dann: Vorwärts!**

(Bibliographischer Nachweis für die auf Seite 1 zitierten Werke:

Barbara Tuchman: Der ferne Spiegel. Das dramatische 14. Jahrhundert. Düsseldorf 1980. Amerikanische Ausgabe New York 1978. Zur „Inkubation“ einer neuen Welt siehe hier S. 9 -16 und S. 514 – 527. Wichtiger ist Egon Friedell: Kulturgeschichte der Neuzeit, 3 Bände 1927 – 1931. Hier: das dritte Kapitel des ersten Buches: „Die Inkubationszeit“, die in einen neuen „Weltaufgang“ führte.)

### **Angaben zum Autor:**

**Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter. Lehrtätigkeit bis 1996 an der Universität Bonn. Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten politischer Extremismus, Zeitgeschichte und Politische Bildung. Knütter arbeitete jahrelang mit dem Referat IS 7 (=geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus) der Abteilung „Innere Sicherheit“ des Bundesinnenministeriums in Bonn zusammen und war Gastdozent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er leitet als Verantwortlicher die Internetplattform „links-enttarnt.net“.**